

Achtung: Dieses Material sollte von Jugendlichen nur mit Fachkräften zusammen benutzt werden und nicht unkommentiert bleiben!

Warum politische Bildung in der Jugendarbeit?

Das SGB VIII beauftragt die Kinder- und Jugendhilfe explizit, sich zu den politischen Verhältnissen zu positionieren und hierzu mit den Adressat*innen zu arbeiten. Es geht dabei um die individuelle Förderung und Begleitung bei der Entwicklung junger Menschen zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Sie sollen explizit unterstützt werden, in allen sie betreffenden Lebensbereichen selbstbestimmt zu interagieren und damit gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können. Dies ist ohne Betrachtung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Formen (struktureller) Diskriminierung unmöglich. Hier geht es auch darum, dazu beizutragen, Benachteiligung zu vermeiden oder abzubauen und positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Gerade die Jugendarbeit als Feld der demokratischen Bildung hat das Ziel, junge Menschen zur Selbstbestimmung zu befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung, sowie gesellschaftlichem Engagement anzuregen.

Wie wurde eine Auswahl der Inhalte getroffen und wie ist mit diesen umzugehen?

Dieses Material soll auf niedrigschwellige Weise in die Inhalte, Weltbilder und Forderungen der aktuell relevanten Parteien einführen, indem eine für junge Menschen relevante Auswahl an Inhalten kurz und bündig präsentiert wird. Dazu wurden die jeweils aktuellen Wahlprogramme für die Europawahl 2024 und das jeweils aktuellste Grundsatzprogramm der Partei herangezogen, wobei das Bündnis Sahra Wagenknecht bei Erstellung dieses Materials noch nicht über ein Grundsatzprogramm verfügte. Die Inhalte wurden **nicht** von den Parteien selbst zur Verfügung gestellt. Hinzuweisen ist auch darauf, dass die Wahlprogramme sehr unterschiedlich aufgebaut sind und die Grundsatzprogramme unterschiedlich alt sind (SPD 2007, Die Linke 2011, FDP 2012, AfD 2016, Die Grünen 2020, CDU 2024). Inhalte, die sowohl im Grundsatzprogramm, als auch im Europa Wahlprogramm vorkamen, wurden in der Regel nicht doppelt genannt. Eine Eingrenzung auf demokratische und solidarische Inhalte und Parteien erfolgte bei der Erstellung dieser Materialien **nicht**. Wichtig war es, einschlägige Positionen der aufgeführten Parteien zu relevanten Themenbereichen abzubilden. Die ausgewählten Themen *Europäische Union, Demographischer Wandel und Familie, Ehrenamt, Jugend und Bildung, Energie- und Klimapolitik, Sozialpolitik sowie Migration und „Ausländer“* können und sollen dabei nicht die ganze thematische Vielfalt der Wahlprogramme abdecken, sondern stellen eine Auswahl dar, die sich an der Lebenswelt von jungen Menschen orientiert.

Dabei wird im eigentlichen Material auf eine differenzierte, demokratische Bewertung der Inhalte, der verwendeten Sprach und Wahrheitsgehalt der Aussagen der jeweiligen Wahlprogramme weitgehend verzichtet. Bei den Stichpunkten wurde die Wortwahl so weit wie möglich aus den Volltexten übernommen, wobei allein die Kürzung der Positionen unweigerlich auch immer eine Interpretation des Autors darstellt. Dass von Seiten des Autors keine Einordnung stattfindet, geschieht in der Erfahrung und mit dem Anspruch, dass in der Auseinandersetzung mit politischen Positionen im Kontext der Jugendbildung durch Fachkräfte vorgefertigte Interpretationen einer selbstbestimmten, reflexiven und mündigen Aneignung demokratisch-solidarischer Haltungen nicht zuträglich sind. Die kritische Diskussion der Inhalte mit Blick auf ihren demokratisch-solidarischen Mehrwert für die Gestaltung des zukünftigen Miteinanders soll **gemeinsam**, in der Interaktion mit den jungen Menschen, geschehen. Das Material bildet ausschließlich die Grundlage dafür. **Für eine unkommentierte und nicht reflektierte Aneignung durch Jugendliche** (Auslage, Aushang, Give Away u.ä.) **ist das Material im Sinne einer demokratischen Bildung nicht geeignet.**

Die Rolle der Fachkräfte

Daher sollten Fachkräfte für eine erfolgreiche Verwendung dieser Materialien eine gewisse Standfestigkeit zu politischen Themen mitbringen und im Besonderen eine Sensibilität für gruppenbezogene Ablehnungs- und Diskriminierungshaltungen. Inhalte, die junge Menschen ausschließen, Menschen sozial und ökonomisch benachteiligen, sowie rassistisch, heterosexistisch, antisemitisch und antidemokratisch sind, müssen erkannt und kritisiert werden. Damit einher geht die Notwendigkeit, solidarische und empathische Perspektiven mit Blick auf mögliche Betroffenengruppen formulieren zu können. Inhalte, welche rassistisch, völkisch-nationalistisch usw. sind, sind ebenso klar als solche zu benennen. Ziel ist es aber hierbei auch, zu diskutieren, wieso sich Menschen trotzdem genau aus diesem Grund bei Wahlen für entsprechende Parteien entscheiden.

Wichtig ist auch, dass das Material dort eingesetzt wird, wo sich Jugendarbeiter*innen bereits in einer professionellen Beziehung mit den adressierten jungen Menschen befinden. D.h. sie sollten sich gegenseitig kennen und damit auch eine gewisse Kenntnis von aktuellen Interessen der Jugendlichen sowie (möglichen) Dynamiken im Gruppengeschehen haben. Für ein dialogisches Geschehen ist es hilfreich, das Material mindestens zu zweit im Team einzusetzen.

Die Fachkräfte brauchen auch jenseits von Wahlen ein eigenes Interesse am alltäglichen politischen Geschehen. Es ist hilfreich, aber nicht Voraussetzung, sich detailliert in den meisten politischen Debatten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auszukennen. Hilfreich ist vor dem Einsatz der Einblick in laufende Nachrichten auch auf Social Media. Es ist davon auszugehen, dass die jungen Menschen im Gespräch die diskutierten Positionen, bspw. im Sinne von: „Ja, das mag da stehen, aber ich erlebe das anders“ in Verbindung mit Erfahrungen und Bildern aus ihrem eigenen Alltag bringen. Die Fachkräfte sollten sich also darauf vorbereiten, dass die abgebildeten Positionen im Material in der Diskussion nicht einfach abstrakt verglichen und nach demokratisch oder unsolidarisch eingeteilt werden. Hier geht es vor allem darum, eigene Erfahrungen beschreiben zu können und Perspektivwechsel, auch im Sinne von: „Was wäre aber, wenn das alle oder speziell dich betrifft?“, anzuregen. Hierfür kann es hilfreich sein, die Programminhalte vor dem Einsatz gemeinsam im Team zu diskutieren und demokratische Perspektiven darauf, im Sinne von: „Ich bewerte das folgendermaßen...“, zu formulieren.

Grundvoraussetzung für den Einsatz ist es, dass die Fachkräfte eine eigene demokratisch-solidarische Haltung haben und praktisch formulieren können. Diese Haltung sollte sich auch durch praktische Beispiele aus den gemeinsam erlebten Arbeitskontexten mit den jungen Menschen in den Einrichtungen und Angeboten belegen lassen (Bsp.: Wie divers sind Besucher*innen der Angebote? Wo erfahren die Nutzer*innen solidarische Zuwendung durch die Fachkräfte im Gegensatz zu erlebten, alltäglichen Erfahrungen kontrolliert zu werden? Sind kritisch-demokratische Positionen zu politischen Themen für die Jugendlichen sichtbar?). Das bedeutet, es geht nicht allein darum, dass Fachkräfte oder andere bei den diskutierten Inhalten etwas demokratischer oder solidarischer empfinden, sondern dass diese Haltung auch in der gelebten Praxis sichtbar werden muss, um Bedeutung zu erlangen.

(Lern)ziele

- Die wahrnehmbaren Interessen der jungen Menschen an politischen Themen werden aufgegriffen.
- Das Interesse an einer demokratisch-solidarischen Mitgestaltung des eigenen Alltags wird angeregt.
- Junge Menschen fühlen sich in ihrer politischen Selbstpositionierung gehört, sind aber auch in der Lage, konträre Perspektiven zu verstehen und ihre eigene Position infrage zu stellen.
- Durch die vergleichende Diskussion von konkreten Inhalten verschiedener Parteien soll affektiv-emotional aufgeladene Zustimmung zu verkürzten, unsolidarischen und antidemokratischen Positionen abgemildert werden.
- Die jungen Menschen können zwischen demokratisch-solidarischen und antidemokratischen und unsolidarischen Programminhalten differenzieren und entwickeln ein Anliegen eigene Ansprüche nicht über die Benachteiligung anderer Menschen geltend zu machen.

Das richtige Setting und Grenzen des Materials

Demokratische Bildung vor oder nach anstehenden Wahlen, sowie jenseits von diesen gedacht, ist ein längerfristiger Prozess. In einem solchen Prozess ist auch das vorliegende Material zu denken. Wie alle kurzzeitpädagogischen Angebote kann es nicht für sich allein stehen. Das Material ist kein „Feuerwehrmaterial“, was die schnelle Prävention oder Auflösung bestehender antidemokratischer oder demokratiedistanzierter Haltungen und entsprechende Parteienzuneigungen bei jungen Menschen leisten kann oder leisten will. Politische Haltungen entwickeln sich in stetiger sozialer Interaktion und ebenso ist ihre demokratisch-solidarische Festigung oder Veränderung zu denken.

Ein entsprechender Prozess hat Anforderungen an Material, zeitliche und personelle Ressourcen, die abgesichert in einer Planung zu berücksichtigen sind. Das Material benötigt für den Einsatz eine gewisse „störungsfreie“ Zeit, in der auch die Jugendlichen sich einlassen können und wollen. Das Thekengespräch bei der Getränkeabholung oder 15 min bevor der Bus kommt, sind nicht geeignet, eine notwendige Reflexion anzuregen. Hier läuft das Setting eher Gefahr, Positionen undifferenziert stehenzulassen oder zu verstärken. Das Material zielt nicht auf die Wahl bestimmter Parteien, erkennt aber an, dass zunehmende autoritäre Haltungen und völkischer Nationalismus eine manifeste Bedrohung für die Demokratie darstellen. Für eine mögliche Planung eines Angebots mit dem Material steht in der Anlage eine Planungsskizze zur Verfügung.

Methodische Skizze zum Einsatz des Materials (Druckvorlage):

Adressat:innen	<i>Mit wem möchten wir zu dem Thema arbeiten? (Bsp.: bestimmte Jugendliche, Jugendgruppe, alle Nutzer:innen)</i>
	<i>Was müssen wir mit Blick auf die Adressat*innengruppen beachten?</i>
	<i>Wie homogen oder divers sollte die Arbeitsgruppe zusammengesetzt sein? (Bsp.: Aspekte geschützter Diskussion, mögliche Perspektivwechseln oder -erweiterungen)</i>
Ziele	<i>Was ist unser Ziel in der Befassung mit dem Material?</i>
	<i>Woran könnte sich zeigen, dass die Arbeit mit dem Material erfolgreich war?</i>
Methodisches Setting	<i>Wie soll die Arbeit mit dem Material geschehen? (Bsp.: Workshop, Hausplenum, Gruppenangebote)</i>
	<i>Was soll im Arbeitsprozess vor dem Einsatz des Materials stattfinden? Was sind mögliche Schritte nach der Auseinandersetzung mit den Inhalten?</i>
	<i>Was müssen wir vorbereiten? Wen und was brauchen wir als Unterstützung?</i>
Achtungszeichen	<i>Worauf wollen wir achten, wenn wir zu den politischen Inhalten arbeiten? (Bsp.: Redeanteile, Präsenz demokratischer und undemokratischer Haltungen)</i>
Lernchancen	<i>Was haben wir bei der Durchführung gelernt (Bsp.: zum Material, zu unserer Rolle, über die Jugendlichen)</i>

Das Europawahlprogramm des BSW

Thema	EU Wahlprogramm
Sozialpolitik	- für leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge und hohe soziale Standards - gegen Lohndumping - für Abschaffung der EU-Schuldenregel - Investitionen in Bildung, Gesundheit und Wohnen - konsequent EU-Mindestlohn-Richtlinie durchsetzen (60 % des Medianlohns) - Daseinsvorsorge muss in öffentliche Hand - gerechte Verteilung von Wohlstand - für einen europaweiten Mindeststeuersatz - Steuervermeidung konsequent unterbinden - Einführung einer echten Finanztransaktionssteuer
Migration & „Ausländer“	- unkontrollierte Migration in die EU stoppen, den Schlepperbanden das Handwerk legen und in den Heimatländern Perspektiven schaffen - grundlegende Reform der Flüchtlings- und Migrationspolitik - Asylverfahren an die Außengrenzen und in Drittstaaten verlegen - Fluchtursachen bekämpfen
Energie- und Klimapolitik	- Klimapolitik und Umweltschutz (bei gleichzeitigem Schutz der Industrie) durch technologische Innovation, öffentliche Förderung und Anreize voranbringen - längere Garantiefristen auf Produkte - krisenfeste, preiswerte, lokale und dezentrale Energieversorgung unterstützen - Genossenschaften stärken, die bürgernahe Energieprojekte planen und Energieversorgung koordinieren - Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, weil Gas als Brückenenergie gebraucht wird - gegen CO₂-Zertifikatshandel, weil ungeeignetes Instrument - Ausbau des Nah- und Fernverkehrs statt Verbrenner-Aus - Innovation und Erzeugung erneuerbarer Energien soll in Europa stattfinden: Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft, Solarzellenherstellung und von Speichertechnologien

Thema	EU Wahlprogramm
Ehrenamt	Keine Nennung
Demographischer Wandel und Familie	- Keine Abwerbung von Fachkräften aus dem Ausland, da diese sonst im Herkunftsland fehlen
Jugend und Bildung	- deutlich mehr Investitionen in Bildung - Der Fachkräftemangel in der EU muss primär durch verbesserte Ausbildung und angemessene Löhne behoben werden
Europäische Union	- gegen weitere Spurnationalisierung, die spaltet und zu Minimallösungen führt - weitreichende Kritik an der EU: sie ist nur in der Sozial- und Klimapolitik nötig, wo Nationalstaaten alleine nichts machen können - Keine Ausweitung der EU auf die Ukraine und andere Staaten

Die Wahlprogramme der Partei Die Linke

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Europäische Union	- für EU, jedoch demokratischer, sozialer und ökologischer - Kampf für soziale Garantien, für Klimagerechtigkeit, gegen Energiearmut und gegen die Macht transnationaler Konzerne kann nur auf supranationaler Ebene geführt werden	- gegen die Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische Konzept eines „Europas der Vaterländer“ - Gegen Militarisierung der Sicherheitspolitik, neoliberale Ausrichtung, Stärkung der Sicherheitsdienste und das Demokratiedefizit
Demographischer Wandel und Familie	- mehr Zeit für Familie durch kürzere Arbeitszeiten - finanzielle und soziale Aufwertung von Sorgearbeit, die meistens von Frauen geleistet wird - europaweite Gleichstellung von Regenbogenfamilien und eine Übernahme der Familienverantwortung außerhalb der Ehe	- Familie ist, unabhängig von Gemeinschaftsform und sexueller Orientierung, überall da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen - für soziale Absicherung von Frauen, - Antidiskriminierungsgesetze und Anti-Sexismus-Regelungen - Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren - Unterstützung queerer Menschen - für lebendigen Zusammenhalt der Generationen, für mehr gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung - alternde Gesellschaft und hohes Alter als gesamtgesellschaftliche Herausforderung sehen - Seniorenvertretungen der Länder, Kreise und Kommunen unterstützen
Ehrenamt	Keine Nennung	- parteiintern enge Zusammenarbeit von Berufspolitiker*innen und ehrenamtlich Tätigen - ohne Ehrenamt, Pflege- und Sorge- und Kulturarbeit wäre unsere Gesellschaft so nicht denkbar

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Jugend und Bildung

- Kinderarmut europaweit bekämpfen
- Einführung der Kindergrundsicherung
 - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, um deren Perspektiven zu berücksichtigen

- mehr Inklusion in Sport und Bildung
- gegen eine Verkürzung der EU-Bildungspolitik auf die MINT-Fächer
- Jugendliche sollen an Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen und sich an der Gestaltung von Jugend- und Freizeiteinrichtungen aktiv beteiligen können
- Kindern und Jugendlichen verstärkt Freude an Bewegung vermitteln und Sportvereine stärken
- Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sollen über die Gestaltung der Bildungsprozesse mitentscheiden können

Energie- und Klimapolitik

- klimagerechter Umbau der Wirtschaft
- verbindliche nationale Ziele für alle EU-Mitglieder
 - mehr Verantwortung von Reichen
 - 2030 50 % der Energie in der EU erneuerbar und 40 % weniger Gesamtverbrauch als im Jahr 2000
 - 2035 100 % erneuerbare Energie
- Bis 2030 Treibhausgasemissionen um 70 % senken
 - Atomausstieg
 - mehr öffentliche Mobilität
- weltweite Klimagerechtigkeit, d.h. auch die Länder des Globalen Südens einbeziehen

- für sozio-ökologischen Umbau (sozialere, demokratischere und freiere Gesellschaft)
- ökologischer Fußabdruck jeder Person muss im globalen Rahmen bleiben, dabei soll aber nicht vorgeschrieben werden, wie genau
 - Ausbau ÖPNV
- Demokratisierung und Dezentralisierung der Energiewirtschaft
- deutliche Steigerung des ökologischen Landbaus für ein umweltverträgliches Wirtschaften
 - gegen Agrogentechnik
- Produktion soll sich nach sozial-ökologische Zielen anstelle von Profit richten
- Umweltsteuern sollen überproportional an die Ärmern umverteilt werden
 - EEG behalten und ausbauen
- Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Sozialpolitik

- europaweite Mindeststandards für u. A. Einkommen, Rente, Kindergrundsicherung und Erwerbslosenversicherung
- mehr bezahlbarer Wohnraum und sozialer Wohnungsbau
- Ungleichheit durch Umverteilung bekämpfen

- Grundbedürfnisse (Wohnen, Bildung, Gesundheit) müssen für jeden Menschen gewährleistet sein
 - für Mindestlohnrichtlinien, Mindesteinkommen, Mindestrente, Kindergrundsicherung und Erwerbslosenversicherung
 - kürzere Arbeitszeiten
- Gleichstellung von Löhnen für gleichwertige Arbeit
- für gleichwertige, gute Lebensbedingungen in allen Regionen der BRD
 - Schutz von Beschäftigten in der Digitalisierung
 - Stärkung der Demokratie im Betrieb
 - Streikrecht für Beamte
 - Förderung von Genossenschaften
 - Umverteilung des Reichtums
- Arbeitslosengeld ausgerichtet an vergangenen Einkommen und mindestens eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung

Migration und „Ausländer“

- Frontex in Rettungsmission umwandeln
- Unterstützung der zivilen Seenotrettung
 - Für sichere und legale Fluchtwege
 - Anerkennung von Armut und Klimawandel als legitime Fluchtgründe
- Für ein humanes und menschenrechtsbasiertes Aufnahmesystem
 - Gegen Asylverfahren in Drittländern
 - Uneingeschränkter Familiennachzug
 - Grundsätzlich gegen Abschiebungen

- Gesundheitsversorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus
 - Familiennachzug soll möglich sein
- Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden, offene Grenzen für alle Menschen
 - gleiche demokratische Rechte und Zugänge auf den Arbeitsmarkt für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt in Deutschland
 - Alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten
 - Doppelte Staatsbürgerschaften sollen möglich sein

Die Wahlprogramme der AfD

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Sozialpolitik	- Sozialpolitik soll alleinig Angelegenheit der Nationalstaaten bleiben - Beschränkung der Freizügigkeit, falls diese vornehmlich dem Zweck des Bezugs von Sozialleistungen dient - Ausländer aus EU-Staaten sollen erst dann Sozialleistungen in Deutschland erhalten, wenn sie zehn Jahre im Inland Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben und in dieser Zeit ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe bestritten haben.	- Arbeitsanreize und Lohnabstandsgebot bei Sozialleistungen - Rente: Verlängerung der Lebensarbeitszeit, abhängig auch von Kinderanzahl und körperlicher Belastung - Bei Sozialversicherungen muss gespart werden - Mindestlohn beibehalten - Traditionelle Familien besserstellen
Demographischer Wandel und Familie	- Abtreibung soll nur in absoluten Ausnahmefällen möglich sein	- Einwanderung als Lösung des dem. Wandel wird abgelehnt - mittels einer aktivierenden Familienpolitik soll eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung angeregt werden - finanzielle Unterstützung von Familien mit Kindern und Besserstellung von Familien mit mehreren Kindern - Aufwertung der Pflege durch Angehörige - Ehe und Familie unter besonderem Schutz des Staates - Anreize gegen Abtreibungen schaffen - Familie = Mutter, Vater, Kinder - für traditionelle Geschlechterrollen (Frau als Mutter und Hausfrau), - Kindererziehung durch Eltern (Mutter) besser als durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztageschulen

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Jugend und Bildung	- gegen die Schaffung eines europäischen Bildungsraumes - Zugang zu Hochschulen ausschließlich nach geprüfter Leistung - Ideologisierung von jungen Menschen in Bildungseinrichtungen stoppen - Unterricht soll nicht generell digitalisiert werden - Begleitetes Fahren ab 16 Jahren	- Strengeres Vorgehen gegen Jugendkriminalität: auf volljährige Täter das Erwachsenenstrafrecht anwenden und das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre senken - Wiedereinführung des Grundwehrdienstes für alle männlichen deutschen Staatsbürger zwischen 18 und 25 Jahren - Befürwortung des Leistungsprinzips. „Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.“ - Mehr Leistungsbereitschaft und Disziplin bei Schülern - Rückkehr zu Diplom, Magister und Staatsexamen - Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen allein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein - mobile Lösungen für ländliche Regionen, auch was Kulturangebot und Jugendbetreuung angeht
Energie- und Klimapolitik	- Abschaffung aller Klimaschutzgesetze und Stopp aller Programme - Programme, wie der Green Deal oder Fit for 55 werden keinen Einfluss auf das Klima haben und nur die Wirtschaft schädigen - Auto- und Flugverkehr soll gestärkt werden	- Klimawandel wird als natürliche Schwankung und nicht durch den Menschen und seinen CO2 Ausstoß gemacht gesehen - Klimaschutzpolitik und Dekarbonisierung beenden - Klimaschutz-Organisationen sollen nicht mehr unterstützt werden - Gegen Windanlagen, die das „Bild unserer Kulturlandschaft“ zerstören - Erneuerbare-Energien-Gesetz ersatzlos abschaffen - Fracking soll in Erwägung gezogen werden - Laufzeitverlängerung AKWs - Klimawandel wird als Dogma angesehen, das als Vorwand für Reglementierungen verwendet wird
Ehrenamt	Keine Nennung	Keine Nennung

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Europäische Union

- EURO abschaffen
- EU ist ein gescheitertes Projekt, das durch einen „Bund europäischer Nationen“ ersetzt werden soll
- gemeinsamer europäischer Markt
- wirksamer Schutz der Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung
- Erlangung strategischer Autonomie im sicherheitspolitischen Handeln
- Bewahrung der europäischen Kultur und ihrer verschiedenen Identitäten

- gegen „Vereinigten Staaten von Europa“, Ziel ist ein souveränes Deutschland
- grundlegende Reform der EU erforderlich
- Der EURO kann und darf als kontinentales Großexperiment nicht fortgeführt werden

Migration und „Ausländer“

- an den Grenzen: Errichtung physischer Barrieren, eine technische Überwachung und den Einsatz von Grenzschutzkräften.
- Wenn Frieden => konsequente Rückkehr aller Asylbewerber
- „Auf nationaler und europäischer Ebene müssen Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden.“

- Aufbau eines flächendeckenden deutschen Grenzschutzes unter dem Dach der Bundespolizei
 - betriebsbereite Grenzübergangsstellen
- zum Schutz der Grenze sollen Bundeswehrangehörige herangezogen werden können
 - vollständige Schließung der EU-Außengrenzen
 - Aufnahmeeinrichtungen im Ausland
- Familiennachzug für anerkannte Asylbewerber beenden
 - vereinfachte Ausweisung von „Ausländern“, im Zusammenhang mit Straftaten
- Verlust der Staatsbürgerschaft bei einigen Tatbeständen
 - Abschieberecht stärken
 - Abschaffung des Anspruchs auf Einbürgerung
- Rückkehr zum Abstammungsprinzip (Nationalität der Eltern anstelle von Geburtsort)
 - gegen doppelte Staatsbürgerschaft
 - Ablehnung muslimischer Migranten in Deutschland, weil sie nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen.
 - „Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“

Die Wahlprogramme der CDU

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Sozialpolitik	- Mindeststandards in der EU für Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrecht - soz. Sicherungssysteme, Mindestlöhne und Altersvorsorge sollen national geregelt bleiben	- Rente für alle Generationen gerecht und zuverlässig - Rente Ergänzung durch kapitalgedeckte Altersvorsorge - Steuerlast möglichst niedrig - Einkommensteuertarif abflachen, Einkommensgrenze für Spitzensteuersatz erhöhen - Sozialversicherungsbeiträge sollen niedriger werden - Gegen Vermögenssteuer, Unternehmensnachfolgen vereinfachen - Gegen Grundeinkommen, stattdessen Vollbeschäftigung - Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei stellen - Löhne von Steuern und Abgaben entlasten - Mindestlohn unverzichtbar - neue Wohnungen bauen soll erleichtert werden, Mietendeckel wird abgelehnt
Migration und „Ausländer“	- Asylbewerberleistungen in der EU angeglichen und auf ein Minimum beschränken - Europäische Transitzentren	- Verstärkung des Schutzes der Außengrenzen, durch elektronische Überwachung der Einreise, stellenweiser Ausbau des Grenzschutzes, Stärkung von Frontex - unkontrollierte Migration stoppen, Menge auf die Integrationsfähigkeit Deutschlands begrenzen - grundlegender Wandel des europäischen Asylrechts - Koalition der Willigen Länder in der EU, die Asylsuchende aufnehmen wollen - Deutschland braucht qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte aus Europa und der Welt. Die berufliche Qualifikation muss das entscheidende Kriterium für die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme. - gegen vererbte, doppelte Staatsbürgerschaft

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Europäische Union	- für eine europäische Identität, kulturelle Vielfalt und die Stärkung von Tradition und Brauchtum	- große Herausforderungen können von keinem Nationalstaat allein bewältigt werden - EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten mit supranationalen Merkmalen - Handlungsfähigkeit der EU soll gestärkt werden
Energie- und Klimapolitik	- gemeinsame europäische Agrarpolitik	- Klimaschutz durch Marktwirtschaft, Technologieoffenheit, Anreize & Emissionshandel - Ablehnung von Politik, die weniger Wachstum anstrebt - Für sichere, saubere und bezahlbare Energie - Pariser Klimaziele sind Handlungsweisend - Erneuerbare Energien ausbauen - auch Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, klimafreundliche Gaskraftwerke, Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie Fusionskraftwerke - Kernkraft als Option unverzichtbar - Bewahrung der Schöpfung als Ziel - steuerliche Anpassungen als Mittel der Wahl, um Anreize für CO₂-Einsparung zu setzen - Kreislaufwirtschaft - für Erreichung der Klima- und umweltpolitischen Ziele braucht die Landwirtschaft Freiräume statt detaillierter Vorgaben - Wahlfreiheit in der Mobilität, Bahn leistungsfähiger machen
Ehrenamt		- Bindekräfte in der Gesellschaft durch Stärkung des Ehrenamtes erhöhen - freiheitliche Gesellschaft benötigt aktive Bürgergesellschaft und Ehrenamt, muss mit Staat koexistieren und nicht ersetzen - Ehrenamt ist Teil der deutschen Leitkultur - Anerkennung für E. soll größer werden und ihre Arbeit durch vereinfachte Rechtsvorschriften und Förderlandschaften leichter gemacht werden

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Demographischer Wandel und Familie

Jugend und Bildung

- Garantie auf Ausbildung für junge Menschen in der EU

- Ehe unter besonderem Schutz
- Familie ist dauerhafter Verbund für gegenseitige Verantwortung unterschiedlicher Menschen
- Für Gleichberechtigung von Mann und Frau
 - Für Elterngeld
 - Für flexiblere Arbeitsmodelle
- Alleinerziehende und kinderreiche Familien besonders unterstützen
 - hochwertige Kindertagesstätten und Kindergärten
- Einsamkeit bei Alt und Jung als große soziale Aufgabe
- Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch beibehalten bei gleichzeitig gutem Hilfsangebot um Abbrüche zu minimieren
 - Keine aktive Sterbehilfe
- Regelaltersgrenze für Rente an Lebenserwartung koppeln
- Pflege mit Strategien gegen den Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken,
- Pflegezusatzversicherungen einführen, mehr Eigenvorsorge

- Verstärkte Unterstützung für Kinder die kein Deutsch können oder Förderbedarf haben
- Aufstieg, Integration und Leistung hängen maßgeblich von Bildung(sgerechtigkeit) ab
- verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das auch die Streitkräfte stärkt
 - Nachwuchsgewinnung an Schulen für die Bundeswehr
- Unterstützung der Jugend bei der Lösungsfindung großer Aufgaben, wie dem. Wandel und Klimawandel
 - Für Miteinander der Generationen
 - gegliederte Schulsystem, freie und private Schulen, Begabtenförderung, inklusiv, ganztags Grundschule
- Mittelerhöhung für Bildung, unabhängig vom BIP, mindestens auf OECD-Durchschnitt
 - Religion als Pflichtfach, Deutsch sprechen als Priorität
 - Wissenschaft (Universitäten/Forschung) und Wirtschaft müssen mehr zusammenarbeiten
- Startkapital zur Vermögensbildung für neu geborene Kinder

Die Wahlprogramme des Bündnis 90/Die Grünen

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Europäische Union	- Kompetenzen der EU erweitern und neue Institutionen schaffen - Europäischer Währungsfond soll demokratisch kontrolliert werden - Stärkung des EU-Parlaments - mehr Transparenz und Abstimmungen im Europäischen Rat - für mehr direkte Demokratie	- wo Minderheitenrechte und Freiheit bedroht sind, ist die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor Ort wichtig - Wer (in der EU) ökologisch, sozial, transparent und menschenrechtskonform produziert, soll davon einen Vorteil haben - Die EU muss weltpolitikfähig werden - Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik entscheidend mitzugestalten
Demographischer Wandel und Familie	- strukturschwache Regionen unterstützen, die besonders unter dem demografischen Wandel leiden - Pflege soll verbessert werden - Gemeinden sollen altersfreundlicher gestaltet werden - im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte attraktiver werden und Einwanderung modern gestalten	- Familien zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes - Familie ist da, wo Menschen mit dem Ziel der Dauerhaftigkeit Verantwortung füreinander übernehmen, sich umeinander kümmern und füreinander da sind - Freiheit und Würde bedeutet auch, gemäß der eigenen sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität die Lebensform, die Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür jeweils die gleichen Rechte und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten
Ehrenamt	- Kommunen stärken, da hier Kinder betreut und das Ehrenamt gepflegt wird - ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen mehr wertschätzen - mehr Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen - europäisches Programm, um Senior*innen leichter ehrenamtlich in Projekten mitwirken zu lassen	- für Ehrenamt braucht es Zeit, Anerkennung, Weiterbildung und Förderung, die wir als Gesellschaft bereitstellen müssen, damit nicht nur ökonomisch Abgesicherte sich engagieren können - Gemeinnützigkeit umfassend rechtlich absichern - bürokratische Anforderungen und mangelnde Ressourcen dürfen Engagierte nicht davon abhalten, sich einzubringen

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Jugend und Bildung

- Jugendarbeit darf nicht an bürokratischen Hürden scheitern
- Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+, dabei Osteuropa in den Fokus nehmen
- EU weites Wahlrecht ab 16 auf allen Ebenen
- Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter stärken
 - Weiterentwicklung der EU Jugendstrategie
- Freiwilliges Ökologisches Jahr anbieten

- auch außerschulische Angebote, wie zum Beispiel Jugendzentren, sollen besser ausgestattet werden
- Schulen müssen diskriminierungsfreie und sichere Orte sein
- Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Förderung ihrer Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe, Gehört werden und Bildung
- Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen gegeben werden.
 - Stärkung von und Bildung zu Kinderrechten
 - Wahlalter soll deutlich abgesenkt und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen ausgebaut werden

Energie- und Klimapolitik

- Bis 2030 soll 45% von Europas Energie, die beim Strom, der Wärme und der Mobilität verbraucht wird, erneuerbar sein; bis 2050 100 Prozent
- CO₂-Emissionen sollen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 sinken
- europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen Energieträgern, schnellerer Ausbau der erneuerbaren Energien
 - Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützen
 - Ausbau des (intelligenten) Stromnetzes und der Energiespeicher
- europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, ab 2030 am besten nur noch abgasfreie Autos
- Mindestpreis für Kohlendioxid und eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte

- Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus fossilem Gas, Öl und Kohle sind die Schlüsselaufgaben des Klimaschutzes
- schnelles und konsequentes Handeln, wobei technische Innovationen nur unterstützen können und die Negativemissionen kein Ersatz für Emissionsreduktion sind
 - für vorausschauende, weltweite Energiepolitik
 - gegen Atomkraft
- Kernfusion nicht im Hinblick auf den Klimawandel nicht rechtzeitig einsetzbar

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Sozialpolitik

- EU Mindestlohn
- Stärkung der Infrastruktur
- Aktiv gegen Jugendarbeitslosigkeit
- Einklagbare soziale Grundrechte & Grundsicherung

- Arbeit soll sich stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an der Arbeit
- faire Löhne, armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit, Stärkung der Arbeitnehmer*innen
- auch Geringqualifizierte müssen die Möglichkeit haben, zu fairen Bedingungen am Wirtschaftssystem zu partizipieren
 - inklusiverer Arbeitsmarkt
- Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt werden -> Orientierung an bedingungslosem Grundeinkommen

Migration und „Ausländer“

- europäisches Einwanderungsrecht, das legale Migration ermöglicht
 - Rechte und Interessen der (Arbeits-)Migrant*innen und ihr Schutz vor Ausbeutung sollten gestärkt werden
- europäischer Integrationsfond, der Kommunen und Regionen unterstützt
- einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen Verteilungsmechanismus
 - europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem

- Migration ist globale Realität und braucht globale Regelungen
- sichere Zugangswege und ein Einwanderungsgesetz, das faire und diskriminierungsfreie Kriterien für Einwanderung definiert
- Staatsbürger*innenschaftsrecht modernisieren und dadurch Teilhabe erleichtern
- für sicheres Bleiberecht, „Abschiebungen [muss] stets das letzte Mittel sein“

Die Wahlprogramme der SPD

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Europäische Union	- Stärkung des Europäischen Parlaments - transparentes Lobbyregister - für EU-Erweiterungen, die aber mit Reformen einhergehen sollen - Abschaffung der Vetorechte einzelner Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat zugunsten von Mehrheitsentscheidungen - Leitung der EU-Kommission soll von EU-Bürger*innen gewählt werden können - für transnationale Listen bei Wahlen - für die Einrichtung einer europäischen Ethikbehörde	- EU muss Märkten einen sozialen und ökologischen Rahmen geben, wo es der Nationalstaat nicht mehr kann - Stärkung des Europäischen Parlaments (eigene Gesetzesinitiativen, Kontrollrecht gegenüber EU-Kommission) - Demokratisierung der EU - für ein Sozialsystem mit verbindlichen europäischen Regeln und Standards, die nicht unterschritten werden dürfen, aber auch nicht zu einer Vereinheitlichung aller Standards führt
Demographischer Wandel und Familie	- Vereinbarung von Familie und Beruf stärken - Fachkräftemangel durch inländische Weiterbildung und Zuwanderung nicht-europäischer Fachkräfte begegnen - Weiterführung und Intensivierung der LGBTIQ- und Frauengleichstellungsstrategie	- demograf. Wandel braucht Anpassung der Infrastruktur - Eltern-Kind-Zentren für Weiterbildung und verlässliche Hilfe im Alltag, verlässliche Betreuungsangebote, familiengerechte Arbeitszeiten - Familien stärken - Leitbild ist die Familie, in der Mutter und Vater gleichermaßen für Unterhalt und Fürsorge verantwortlich sind - Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten - Unterstützung auch für andere gemeinsame Lebenswege, nicht eheliche Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, alleinerziehende Eltern - Gleichstellung von Mann und Frau, nicht nur gesetzlich, sondern auch gesamtgesellschaftlich - alle sollen im Alter aktiv und kreativ am gesellschaftlichen Leben und in der Arbeitswelt teilnehmen können

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Jugend und Bildung	- Stärkung der europäischen Identität bei jungen Menschen - Jugendplan für bessere Berufschancen mit Mindestausbildungsvergütung und dualem Ausbildungssystem - kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen	- bessere Bildung für alle - Ganztagschule ausbauen - Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen - mehr Inklusion in der Bildung
Energie- und Klimapolitik	- für Fortsetzung der Energiewende, ohne Verbraucher*innen einseitig zu belasten - bis 2030 45 % weniger Treibhausgase, bis 2050 Neutralität - Zersplitterung des europäischen Schienenverkehrs beenden - Investitionen in klimaneutrale Zukunftstechnologien, Energieversorgung und Infrastruktur, was Arbeitsplätze und Wohlstand generieren kann - für eine besser koordinierte Rohstoff-Strategie, die zu Nachhaltigkeit beiträgt - Ressourcenverbrauch, wo es geht, vermeiden - für europäische Kreislaufwirtschaft - europäische und erneuerbare Energieversorgung, um weniger abhängig vom Ausland zu sein - CO₂-Speicherkapazitäten von Mooren, Wäldern und Wiesen ausbauen - keine Finanzierung von Atomkraft - Gentechnik im herkömmlichen Sinne wird abgelehnt, neuere Techniken noch zu prüfen	- ökologische Marktanreize als Antrieb für qualitatives Wachstum - Energiewende soll weiter vorangetrieben werden - für Atomausstieg - weg vom Öl, Kohle- und Gaskraftwerke als Brückentechnologie - für Wiederverwertungsverfahren und Kreislaufwirtschaft in der Industrie - bevorzugt gentechnikfreier Anbau

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Ehrenamt

- „Wir wollen, dass Ehrenämter mehr Anerkennung und eine bessere Absicherung erhalten.“
- „Auch ehrenamtliche und gesellschaftlich wertvolle Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit gilt es zu fördern.“

Sozialpolitik

- Armutsfeste Mindestlöhne
- Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme
- Europäischer Fond für Sozialleistungen
- gerechten und sozialen grünen Wandel, durch starken Sozialstaat, Sicherung von Arbeitsplätzen und Recht auf Umschulung
- Verringerung von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU

- Mehr und bessere soziale Dienstleistungen (staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Sozialleistungen sowie starke Arbeitnehmerrechte)
- Menschen sollen vor Armut geschützt und sozialer Aufstieg ermöglicht werden
 - Vorsorgende Sozialpolitik durch existenzsichernde Erwerbsarbeit, Hilfe bei der Erziehung, Gesundheitsprävention, Förderung der Erwerbsquote
 - Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik
- Schutz der Menschen vor existenzieller Not, vor Ausbeutung, vor Diskriminierung, vor elementaren Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit
 - sozialdemokratische Steuerpolitik soll Ungleichheit begrenzen
 - die Rente soll beitragsbezogen bleiben

Migration und „Ausländer“

- Schlepperbanden und Fluchtursachen bekämpfen
 - Reform des Dublin Systems
- Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren
- Einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa
 - Zuwanderung soll nicht nur an ökonomischen Kriterien ausrichten
- Unterstützung der Seenotrettung, stopp der Kriminalisierung dieser
 - Kommunen im Asylsystem entlasten, finanziell stärker unterstützen

- Einwanderung ist Realität und wird weiterhin passieren. Integration ist Grundlage für Erfolg und von beidseitiger Anstrengung abhängig
- kommunales Wahlrecht auch für Nicht-Staatsbürger, die fest dort leben
 - Einbürgerung als Ziel, um politische Teilhabe zu gewährleisten
 - Mehrstaatlichkeit soll möglich sein

Die Wahlprogramme der FDP

Thema	EU Wahlprogramm	Grundsatzprogramm
Europäische Union	- EU soll demokratisiert und entbürokratisiert werden - Europäisches Parlament soll Gesetze einbringen dürfen - EU dezentral und bundesstaatlich verfasst, gegen Kleinstaaterei, aber auch gegen Superstaat - EU-Kommission soll verkleinert werden - für Erweiterung der Klagebefugnis der nationalen Parlamente beim Europäischen Gerichtshof	- „Europa ist für uns Liberale ein Teil unserer kulturellen Identität, Rückversicherung unserer Freiheit und zugleich Notwendigkeit, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.“ - europäische Errungenschaften sollen bewahrt und vertieft werden, um sich in einer globalisierten Welt wirtschaftlich, politisch und kulturell behaupten zu können - EU soll nur dort tätig werden, wo sie besser als die Nationalstaaten handeln kann - EU soll zu einer politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung werden. „Am Ende dieser Entwicklung sollte ein durch Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten legitimierter europäischer Bundesstaat stehen.“
Sozialpolitik	Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme sollen weiterhin nationale Angelegenheiten bleiben	-Zunächst muss der Einzelne selbst Vorsorge für sich tragen - die Sicherung des Existenzminimums ist wichtig und ermöglicht es auch, auf dem Arbeitsmarkt etwas zu wagen - für eine Grundsicherung ohne Stigmatisierung, die Menschen aktiviert und zu Anstrengung ermutigt - Jede Generation hat in Zukunft verstärkt kapitalgedeckte Eigenvorsorge zu betreiben
Ehrenamt	Keine Nennung	- „Soziale, kulturelle und ehrenamtliche Tätigkeiten sind für die Gesellschaft unerlässlich und genauso wichtig wie die Erwerbstätigkeit.“ - Ehrenamtliche im Sport sollen von Bürokratie und staatlichen Vorschriften entlastet werden.

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Jugend und Bildung

- Bildungsfreizügigkeit soll als neue Grundfreiheit der Europäischen Union etabliert werden
- europäischen Berufsausbildungs- und Schulsysteme stärker aufeinander abstimmen
- alle Schülerinnen und Schüler sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate ihrer Schulzeit im europäischen Ausland verbringen können
- KI als Unterstützung in der Schule für passgenaue Lernmaterialien und Entlastung der Lehrkräfte.
- Begleitetes Fahren ab 16 Jahren

- Bildung ist eine Frage gut ausgebildeter Lehrer und des Engagements der Lernenden, weniger des Schulsystems
- gesamtheitliche Bildung mit einem Fokus auf die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten sowie auf die Förderung individueller Begabungen
- für gemeinsames Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern in allen Schulformen

Energie- und Klimapolitik

- CO₂-Zertifikatshandel, Innovation und Technologieoffenheit als präferiertes Werkzeug, um die Klimaziele zu erreichen
- Möglichkeit nationale CO₂-Einsparungen, die nicht erreicht werden, mit Einsparungen, die man in anderen Ländern macht, zu verrechnen (Logik: woanders kann man leichter einsparen)
- Transeuropäischer Netzausbau bei Diversifizierung der Quellen
- Aufforstung und Schutz der Wälder, um CO₂ zu binden
- Potenziale der Gen- und Biotechnologie soll genutzt werden
- Regulierungspause beim Green Deal
- Verbrennungsmotoren durch synthetische Kraftstoffe klimafreundlich machen, statt sie zu verbieten

- gegen Definition von absoluten Grenzen des Wachstums und einer radikalen Umkehr.
 - > Stattdessen sollen technologische Innovationen scheinbare Grenzen verschieben
- Kreislaufwirtschaft („geht nicht nur darum, weniger wegzuwerfen, sondern darum, mehr wiederzuverwenden“)
- intelligentes Wachstum als Ziel
- funktionierenden europäischen Binnenmarkt für Energie
 - ja zur Energiewende, aber mit Vernunft
 - Marktanreize zum Energiesparen setzen

Thema

EU Wahlprogramm

Grundsatzprogramm

Demographischer Wandel und Familie

- Es werden mehr qualifizierte Fachkräfte benötigt, deshalb für die Einführung eines europäischen kriterienbasierten Punktesystems und europäische Ausbildungszentren in Drittstaaten -> EU-Strategie für die Fachkräftegewinnung
 - innerhalb der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen und festgestellte Elternschaften sollen mit allen Rechten und Pflichten in den europäischen Mitgliedstaaten anerkannt werden
- für verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit durch den Ausbau erschwinglicher Kinderbetreuung und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten
 - das Recht auf die gesundheitliche Versorgung mit einem sicheren Schwangerschaftsabbruch soll überall in Europa gewährleistet sein

- für ihre Kinder sind zunächst die Eltern und erst dann Staat und Gesellschaft verantwortlich, sie müssen aber vor Vernachlässigung geschützt werden
- Familie ist nicht nur leibliche Eltern mit Kind, sondern auch Alleinerziehende, Patchwork-Familien oder gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern.
 - Grundlage der Familie ist die Verantwortungsübernahme
 - Auch Menschen ohne verwandtschaftliche oder geschlechtliche Beziehung zueinander bilden Gemeinschaften
 - Entscheidung für Kinder darf nicht zur Benachteiligung in Ausbildung, Beruf, Gesellschaft, in Lebenskrisen oder im Alter führen
- Alte Menschen sind heute länger fit und sollen sich daher länger einbringen
- Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung in einer alternden Gesellschaft und in der Fläche macht neue Angebote nötig

Migration und „Ausländer“

- Missbrauch der sozialen Sicherung durch EU-Ausländer konsequenter bekämpfen
- Für europäische Einwanderungspolitik und wertorientierte Flüchtlingspolitik
 - Mehr Schutz der Außengrenzen, um Binnengrenzen weiter offenlassen zu können
 - Stärkung und Ausbau von Frontex
- Schnellere Entscheidung zu Asylantrag und Arbeitserlaubnis

- die eigenen kulturellen Wurzeln müssen im liberalen Integrationsverständnis nicht aufgegeben werden
- erweiterte Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft für Kinder von Ausländern mit dauerndem Aufenthaltsrecht
- für eine aktive und qualitative Zuwanderungspolitik, um auf dem globalen Arbeitsmarkt um kluge Köpfe werben zu können
 - für ein menschenwürdiges Asylrecht